

## Nichtamtlicher Theil.

In der am 16. Februar l. J. stattgefundenen allgemeinen Versammlung der Mitglieder des Laibacher Sparkassenvereins ist der Beschluß gefaßt worden: Für das Armeninstitut in Laibach zur Verwendung im Jahre 1866 1000 fl. — eintausend Gulden, — zur Unterstützung armer, aus dem Zivilspitale entlassener Reconvaleszenten 300 fl. — dreihundert Gulden, — für arme Gymnasialschüler 200 fl. — zweihundert Gulden, — für einige Kirchenreparaturen dem Franziskaner-Konvent von Rudolfswerth 300 fl. — dreihundert Gulden, — zur Förderung der Erhaltung des neu begründeten Asyls für franke Kinder (Elisabeth-Kinderspitals) die 4 1/2 perz. Metalliques-Obligation Nr. 3070 von 1000 fl. — eintausend Gulden, — für die Grazer Karl-Franzens-Universität zur Gründung eines Freitischinstitutes, an welchem auch Studierende aus Krain theilnehmen, 150 fl. — einhundertfünfzig Gulden, — für die Nothleidenden aus Unterkrain aus den Bezirken Sittich, Seisenberg, Treffen, Rudolfswerth, Landstraß und Gurkfeld 4000 fl. — viertausend Gulden — aus dem Sparkassenservende zu verausgaben.

Nachdem die k. k. Landesbehörde hiezu die Genehmigung erteilt hat, wird dieser hochherzige Beschluß des genannten Vereines mit der verdienten Anerkennung zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Von der k. k. Landesbehörde für Krain. Laibach, am 17. Februar 1866.

Laibach, 21. Februar.

Wir registriren im Nachstehenden eine interessante Aeußerung der „Wiener Abendpost“ über die ungarische Adressdebatte: „Wenn man die Adressdebatte im ungarischen Landtage mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, wird man sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß sie eine wesentlich individualisirte ist, daß ihre Bedeutung ganz enge mit der Bedeutung eben der einzelnen Redner zusammenhängt. Es sind nicht so sehr ausgesprochene Parteiprogramme, die einander gegenüberstehen und von den Sprechern im inneren Zusammenhange nach der einen oder anderen Seite unterstützt werden, sondern jeder Redner äußert seine konkrete Anschauung der Dinge im Ganzen, fast unbewußt um Vorausgegangenes und nur ausnahmsweise dagegen polemisirend. Schon der Umstand, daß noch 60 Redner in der Generaldebatte das Wort ergreifen sollen, spricht für die Richtigkeit dieser Auffassung. Das Haus mußert seine geistigen Kräfte, es ist begierig, zu wissen, welchen Standpunkt die hervorragenden Persönlichkeiten, die ihm angehören, einnehmen werden. Dieser Umstand ist aber nicht unwichtig für die Beurtheilung der Debatte im Allgemeinen. Gerade weil jeder Einzelne bemüht ist, möglichst offen und zugleich möglichst konsequent seine prinzipiellen Gesichtspunkte darzulegen, müssen die Gegensätze lebhafter und unvermittelter hervortreten, die einzelnen Sätze schärfer pointirt werden, als es bei einer Debatte der Fall sein würde, bei welcher bereits ein bestimmteres und faßbareres Verhandlungsobjekt vorläge. Am weitesten ist dabei — wie es in der Natur der Sache liegt — die Linke gegangen. Es hat nichts Auffallendes, wenn Männer, die bisher eine sehr negirende Parteilichkeit festgehalten haben, es mit ihrer Konsequenz nicht verträglich finden, diese Parteilichkeit aufzugeben, ohne sie auch nur markirt zu haben. Es wäre sicher wünschenswerth, wenn es anders wäre, aber es hat, wie gesagt, nichts Auffallendes. Ohne daher die innere Bedeutung der gegenwärtigen Debatte abschwächen zu wollen, möchten wir doch den Satz wagen, daß die Situation nach Uebergabe der Adressen und nach Erscheinen des königl. Reskriptes politisch wichtiger sein wird, als jetzt. Heute handelt es sich um abstrakte Prinzipien, erst später wird ein eigentlich politisches Wollen und damit die eigentliche geschlossene Parteigruppierung hervortreten können.“

Einen gleichartigen Charakter wird wohl auch die Adressverhandlung im Oberhause behaupten. Nach einer Notiz des „Hirnd“ dürfte der erste Entwurf der Adressen bereits in den Händen der Mitglieder des Ausschusses sein. Die Polemik der magyarischen Blätter über den Beschluß der Separatadresse dauert übrigens fort. „Magyar Vilag“ bekämpft die Aeußerung des „Hon“, daß die beschlossene Separatadresse des Oberhauses inopportun sei. Sei die Adresse ein Ultimatum, dann sei es

für den ferneren Verlauf der Unterhandlungen gewiß nur von Nutzen, daß dieselbe durch den Abgang der Zustimmung des andern Hauses die moralische verpflichtende Kraft einbüße, und das Land müsse es dem Oberhause Dank wissen, daß es die Unterhandlungen nicht mit Ultimatis beginnen will. — „Magyar Vilag“ fürchtet auch nicht, daß die Regierung wegen des Reskriptes auf die beiden Adressen in Verlegenheit kommen könnte.

Auch die ausländische Presse beschäftigt sich begreiflicherweise mit Ungarn, dessen Landtag nun das allgemeine Interesse fast ausschließlich in Anspruch nimmt. Die Art und Weise, in welcher sich die liberalen englischen Blätter über den Gegenstand vernehmen lassen, ist jedenfalls beachtenswerth. So sagt „Daily Telegraph“, der sich gleich andern Londoner Blättern sehr eingehend mit den Vorgängen in Pest und Ofen beschäftigt, von dem ungarischen Abreßentwurf, daß er in der Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich bestärke und die gemeinsame Grundlage der Verathung in der pragmatischen Sanktion gefunden sei. Im Ganzen habe die Lösung des Streites so viel Fortschritt gemacht, als man billiger Weise erwarten konnte. Andererseits dürfe nicht unbeachtet bleiben, daß die Lösung der Hauptschwierigkeit, wo und wie die Reichsfragen entschieden werden sollen, noch bevorstehe, und auf diesem Gebiete müsse nothwendig ein Zugeständniß von Seite Ungarns erfolgen. „Daily Telegraph“ hält die Einsetzung einer Art von Reichsparlament, das jedoch streng auf die Oesterreichs Einheit und Machtstellung beruhenden Fragen beschränkt bleiben müßte, für unerlässlich. Eine vollständige örtliche Selbstregierung könnte den Magyaren dabei bewilligt werden.

### Ein

Rückblick auf die Thätigkeit unseres Landtages.

Laibach, 18. Februar.

-T- Nachdem unser Landtag am 14. l. M. nach Erledigung aller Geschäfte geschlossen worden ist, halten wir es für unsere Pflicht, einen Rückblick auf seine Thätigkeit zu werfen.

Derselbe war seit 23. November v. J. bis 14. l. M. versammelt, und eine Vertagung hat nur während der kurzen Zeit vom 20. Dezember v. J. bis ausschließlich 4. Jänner l. J. stattgefunden. — Es wurden im Ganzen 27 Sitzungen abgehalten. — Die Anzahl der Plenarsitzungen gibt indessen nur selten einen Maßstab für die Thätigkeit der Volksvertretungen und viel entscheidender sind in dieser Beziehung die Ausschusssitzungen, in welchen die Verhandlungsgegenstände und die hierüber zu stellenden Anträge vorberathen werden.

Wie wir aus den stenographischen Berichten entnehmen, waren für gewisse Kategorien von Gegenständen zwei Ausschüsse thätig, und zwar der eine für Finanzangelegenheiten überhaupt und ein zweiter für jene Petitionen, welche nicht in das Ressort des Finanz- oder irgend eines Spezialausschusses fallen. Als Mitglieder des Finanzausschusses haben die Herren Abgeordneten v. Strahl, v. Wurzbach, Dr. Suppan, Kozler, Kromer, Freiherr v. Schloßnigg (Obmann), v. Langer, Graf v. Auersperg und Dr. Bleiweis; als Mitglieder des Petitionsausschusses die Herren Abgeordneten: Rudesch, Deschmann, Brolich, Dr. Necher und Anton Freiherr v. Zois (Obmann) fungirt. Spezialausschüsse für bestimmte einzelne Gegenstände waren eingesetzt:

1. Für die Vorberathung über den Rechenchaftsbericht des Landesauschusses, welcher Akt in der Regel von großer Bedeutung ist, weil darin alle das Interesse des Landes berührenden Angelegenheiten erörtert werden, bestehend aus den Herren Abgeordneten: Svetec, Freiherr v. Apfaltrern, v. Wurzbach (Obmann), Dr. Toman und v. Langer.

2. Für das Gemeindegesetz, bestehend aus den Herren Abgeordneten Dr. Suppan, Koren, Dr. Toman, Freiherr v. Apfaltrern, Zagorc, Graf v. Auersperg (Obmann), Derbitsch, Kromer und Svetec.

3. Für die Vorberathung über den Antrag des Grafen v. Auersperg, betreffend die besonderen Rückwirkungen des allerhöchsten Patentbeschlusses vom 20. September 1865 auf das Wohl des Landes, bestehend aus den Herren Abgeordneten Freiherr v. Apfaltrern, Graf v. Auersperg (Obmann), Dr. Suppan, Deschmann, Kromer, Obresa und Mülley.

4. Für den Antrag über Kategorisirung der Landes- und Konkurrenzstraßen, bestehend aus den Herren Abgeordneten v. Langer, Klemenčič, Derbitsch, Mülley, Kozler, Koren, Deschmann, Freiherr v. Apfaltrern (Obmann) und Zombart.

5. Für die Verathung über den Entwurf der einer neuen Organisirung der politischen Behörden in Krain zu Grunde zu legenden Territorialeintheilung, bestehend aus den Herren Abgeordneten Rudesch, Kromer, Mülley, Guttman, Dr. Skedel, v. Strahl und Freiherr v. Schloßnigg (Obmann).

6. Für die Redaktion und slovenische Textirung des Gemeindegesetzes, bestehend aus den Herren Abgeordneten Svetec, Dechant Toman, Dr. Bleiweis, Koren und Rozman.

7. Für den von Dr. Costa gestellten Antrag auf Aenderungen der Landesordnung und Landtagswahlordnung, bestehend aus den Herren Abgeordneten Dr. Costa, Deschmann und Graf v. Auersperg (Obmann).

8. Für die Vorberathung über den Entwurf eines neuen Wassergesetzes, bestehend aus den Herren Abgeordneten Ritter v. Gutmannsthal, v. Wurzbach (Obmann), Dr. Bleiweis, Kozler, Dr. Costa, Deschmann, Dr. Suppan, v. Langer und Mülley.

9. Für den von Dr. Toman gestellten Antrag in Betreff der Eisenbahnverbindung zwischen Laibach und Villach, dann zwischen St. Peter und Fiume, bestehend aus den Herren Dr. Toman, Dr. Costa, Dr. Suppan (Obmann), Dr. Necher und Kozler.

10. Für den von Dr. Bleiweis gestellten Antrag auf Erlassung eines Landesgesetzes behufs Regelung der Unterrichtssprache in den Volks- und Mittelschulen, bestehend aus den Herren v. Wurzbach, Dr. Bleiweis, Freiherr v. Schloßnigg (Obmann), Svetec, Dr. Costa, Dr. Toman und Anton Freiherr v. Zois.

Zweimal ist die Landesvertretung in die Lage gekommen, Sr. k. k. apostol. Majestät den Dank des Hauses zu votiren, und zwar das eine Mal für die allerhöchste Entschliesung, womit dem Lande Krain für die Herstellung des Gleichgewichtes in den Einnahmen und Ausgaben des Grundentlastungsfondes für die Zeitperiode vom Jahre 1866 bis 1896 ein jährlicher Betrag von 60.000 fl. aus dem Staatschatze gegen Rückzahlung in sechs Jahresrenten, vom Jahre 1867 an, bewilligt wurde, und das zweite Mal für Gewährung eines Betrages von 2000 fl. für die Nothleidenden in Unterkrain.

Die von der Regierung eingebrachten Vorlagen, nämlich das neue Gemeindegesetz, der Entwurf einer neuen Territorialeintheilung und der Gesetzentwurf über die Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer waren durchweg von wichtiger Natur und gaben Anlaß zu eindringlicher Verathung. Ein neues Gemeindegesetz steht nunmehr in gewisser Aussicht und es wird damit einem großen bereits sehr fühlbar gewordenen Bedürfnisse abgeholfen werden. Die Verathung über die neue Territorialeintheilung brachte ganz absonderliche Anschauungen zu Tage und führte in erster Linie nur zu negativen Resultaten, eventuell aber zu einem von der Regierungsvorlage nur in einzelnen Punkten abweichenden Entwurfe, wobei zugleich der vom Baron Schloßnigg gestellte Antrag, betreffend den Wunsch einer Revision der politischen Gesetze und einer Reformirung derselben durch Ausschreibung aller nicht mehr zeitgemäßen Gesetze im Sinne der Vereinfachung des politischen Dienstes und der Uebertragung eines Theiles derselben an die Gemeinden — angenommen wurde.

Als ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung an einer neuen politischen Landesintheilung großes Interesse findet, mögen die unzähligen Petitionen gelten, welche bezüglich dieser Angelegenheit an den Landtag gelangten. Bei der Verathung über das Wasserrechtsgesetz, welches mit großer Majorität als eine Landesangelegenheit anerkannt wurde, blieb die Industrie ohne genügende Vertretung und es steht nach unserer Ansicht sehr in Frage, ob unsere Grundbesitzer nicht gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie der Industrie keine Konzessionen zu machen geneigt sind.

(Schluß folgt.)

Zur Frage der Unterrichtssprache in den Volks- und Mittelschulen.

In der 26. Sitzung unseres Landtages wurde bekanntlich über den von Herrn Dr. Bleiweis und Genossen eingebrachten Antrag auf Regelung der Unterrichtssprache



in den Volks- und Mittelschulen durch ein Landesgesetz, nach einer erregten Debatte, zur Tagesordnung übergegangen. Man kann sagen, daß nicht bald ein Gegenstand so sehr wie der vorliegende die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigte. Man fühlte instinktmäßig, daß es eine Lebensfrage sei, welche in dem engen Raume des Landtagsaales zur Entscheidung komme. Die Regierung hat die „freie Bahn“ auf welcher sie die Vereinigung aller nationalen Kräfte zum Wohle des Reiches anstrebt, wieder als ihren leitenden Gedanken hervortreten lassen. Se. Excellenz der Herr Statthalter hat betont, daß die Regierung ein Interesse daran habe, die Wünsche des Landes in der Sprachenangelegenheit klar gestellt zu wissen. Sache der Regierung als Leiterin des öffentlichen Unterrichtes sei es aber, zu erwägen, ob diese Wünsche ausführbar seien.

Der Landtag als der gesetzliche Vertreter des Landes hat durch seine Abstimmung die Sprachenfrage für unser Land entschieden. Bei der Bedeutung, welche dieser Frage von allen Seiten beigelegt wird, muß es von Interesse sein, zu sehen, wie sich die Stimmung, die Wünsche und die Interessen der slovenischen Bevölkerung unseres Nachbarlandes Steiermark in dieser Angelegenheit manifestiren. Hierüber erhielten wir in der Schlußsitzung des steirischen Landtages eingehenden Aufschluß, und wir glauben daher die diesfälligen Ergebnisse unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

In Beantwortung der von Dr. Razlag gestellten Interpellation über die Durchführung des Prinzips der sprachlichen Gleichberechtigung in Schule und Amt hat Se. Excellenz der Statthalter Freiherr v. Meserly die bezüglich der Schule obwaltenden faktischen Verhältnisse in nachstehender (hier auszugsweise wiedergegebenen) Weise erörtert.

In den Volksschulen Steiermarks ist, so wie in jenen Krains, das Slovenische bereits Unterrichtssprache. Bemerkenswerth ist, daß bei allen slovenischen Gemeinden Steiermarks das Bedürfnis der Aufnahme der Anfangsgründe der deutschen Sprache in den Lehrplan der Volksschulen sich kundgegeben hat, welchem Bedürfnis daher auch entsprochen worden ist.

Diese Praxis entspricht auch den billigen Wünschen der Bevölkerung, da in den Jahren 1861 und 1862 sämtliche slovenischen Gemeinden der südlichen Steiermark, als über Anregung des steir. Landesauschusses alle hierländigen Schulgemeinden, Schulvorstände und Lehrer über ihre Wünsche und Anträge in Betreff der Lehrgegenstände, der Unterrichtssprache und Unterrichtszeit, dann bezüglich der Schullokalitäten und der Dotirung des Lehrpersonals und anderer das Gedächtnis der Schule berührenden Punkte einvernommen wurden, den Wunsch ausprochen, daß in ihren Volksschulen nebst der slovenischen auch die Anfangsgründe der deutschen Sprache gelehrt würden; einige Gemeinden fügten noch bei, daß sie die Schule gar nicht mehr dotiren würden, falls aus derselben das Deutsche verdrängt würde. Die bezüglichlichen Protokolle sind im Jahre 1862 von der k. k. Statthalterei dem steirischen Landesauschusse zur Verfügung übermittle worden.

Die Gemeinden der Bezirke Marburg und Mahrenberg haben speziell Petitionen an die k. k. Statthalterei überreicht, worin sie um Abhilfe gegen die Uebergriffe, welche das Deutsche aus ihren Schulen verdrängen wollen, baten.

Dagegen ist nie eine Klage von Gemeinden vorgekommen, daß in den slovenischen Volksschulen die Muttersprache zu wenig gepflegt werde, und die slovenische Landbevölkerung der untern Steiermark ist durchgehend von der Einsicht durchdrungen, wie nothwendig ihren Kindern zu deren Fortkommen die Kenntniß der deutschen Sprache ist.

An den mit den k. k. Hauptschulen zu Marburg und Cilli vereinigten Unterrealschulen ist die Unterrichtssprache die deutsche, und es kann bei dem gegenwärtigen Bildungszustande der slovenischen Sprache von der Einführung derselben als Unterrichtssprache keine Rede sein, wenn nicht die Bildung selbst und die Einrichtung der Unterrichtszwecke darunter leiden sollen.

Dagegen ist die Verfügung getroffen worden, daß die Lehrer beim Unterrichte in den Realien den Schülern stets auch die slovenischen Kunstausdrücke, insofern solche bestehen, mittheilen; auch wird an diesen beiden Lehranstalten ein absonderlicher Unterricht über die slovenische Sprache erteilt, welcher für Diejenigen, deren Muttersprache sie ist, einen obligaten, für die übrigen Schüler einen freien Lehrgegenstand bildet.

Was die Gymnasien betrifft, so ist zu Marburg und Cilli die slovenische Sprache für Schüler slovenischer Zunge in allen Klassen mit 2 — 4 Stunden wöchentlich ein obligater Lehrgegenstand und als solcher für diese ein Gegenstand der Maturitätsprüfung; für Schüler deutscher Zunge bestehen an den beiden genannten Gymnasien absonderliche Kurse; für dieselben ist die slovenische Sprache jedoch ein freier Lehrgegenstand.

Am Gymnasium zu Graz wird die slovenische Sprache als freier Lehrgegenstand, für geborene Slovenen jedoch obligat in 3 Abtheilungen gelehrt.

Eine über die bestehenden Einrichtungen in sprachlicher Beziehung hinausgehende Forderung ist aber der-

malen unerfüllbar; denn, um dem Anspruche zu genügen, daß einige Gegenstände an den Gymnasien zu Marburg und Cilli in slovenischer Sprache vorgetragen werden, gebietet es an den Bedingungen, daß erstens eine slovenische Schulbücherliteratur und zweitens hierfür qualifizierte Lehrer vorhanden seien. An dem Marburger Gymnasium insbesondere wäre eine solche Maßnahme schon deshalb ungeeignet, weil in den dortigen Gymnasialklassen deutsche und slovenische Schüler gemischt vorkommen, die letzteren des Deutschen, die ersteren aber nicht des Slovenischen kundig sind.

An der landsh. Oberrealschule zu Graz wird auch das Slovenische als relativ obligater Gegenstand vorgetragen.

Es ist nämlich jeder Schüler der unteren Klassen dieser Oberrealschule verpflichtet, die grammatischen Kurse über die slovenische Sprache zu besuchen, wenn seine Eltern oder deren Stellvertreter es wünschen.

Bezeichnend ist der Schlußsatz der Regierung antwort: Aus diesen nothgedrungenen etwas umfangreicheren Auseinandersetzungen wird hoffentlich der hohe Landtag, sowie der Herr Interpellant, die Ueberzeugung schöpfen, daß die Regierung sehr gerne bereit ist, dem Principe der Gleichberechtigung der Nationalität volle Rechnung zu tragen, vorausgesetzt, daß zur praktischen Anwendung des Prinzips im gegebenen Falle die unerlässlichen Elemente und das wirkliche Bedürfnis und der Wunsch desjenigen Theiles der Bevölkerung, um den es sich eigentlich handelt, vorhanden ist.

## Oesterreich.

**Wien**, 19. Februar. Ueber den momentanen Stand unserer Beziehungen zu Preußen wird dem „N. Frdbl.“ von gut unterrichteter Seite geschrieben: Ich glaube versichern zu können, daß bis zur Stunde von Berlin aus noch keine Forderungen bezüglich einer definitiven Lösung der Herzogthümerfrage gestellt wurden; es hat jedoch allen Anschein, als ob man in den hiesigen politischen Kreisen auf das bevorstehende Eintreffen von Forderungen gefaßt sei, die den Gerüchten der jüngsten Zeit entsprechen. Oesterreich aber wird, wie man bestimmt versichert, sich durch keine Drohung zu einer Entscheidung der Herzogthümerfrage drängen lassen, die ihm nicht konvenirt, d. h. die nicht den Interessen Oesterreichs und Deutschlands entspricht. Wir können möglicher Weise einen interessanten Depeschenwechsel haben, das ist aber auch Alles.

— 19. Februar. Die „Konstitutionelle Oesterreichische Zeitung“ spricht sich über das Zustandekommen der Erleichterungen für den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und Italien wie folgt aus: „Durch die Mittheilungen einiger hiesiger Blätter in Betreff der Maßnahmen, welche neuentens von der k. k. Regierung getroffen worden sind, um Erleichterungen für den Handelsverkehr zwischen den österreichischen Staaten und Fremd-Italien herbeizuführen, könnte ein des Sachverhaltes nicht kundiger Leser leicht zu der Annahme verleitet werden, es hätten unter den einzelnen Ressortministerien abweichende Anschauungen über den Gegenstand vorgewaltet. Diese Annahme wäre, wie uns von bestunterrichteter Seite versichert wird, eine durchaus irrige. Sowie das Gewicht der volkswirtschaftlichen Rücksichten, aus welchen die erwähnten Verfügungen hervorgegangen, von allen beteiligten Departementschefs gleicherweise erkannt ward, so sind diese Verfügungen selbst im Ministerrathe unter allseitiger Zustimmung und im vollsten Einverständnis beschlossen worden.“

**Krakau**, 18. Februar. Im Hinblick auf die Rede Bartals glaubt „Glas“ annehmen zu dürfen, daß die ungarische Frage nur noch darin besteht, für den Dualismus die mildeste Form zu finden. „Wenn es der Majorität des ungarischen Abgeordnetenhauses hauptsächlich darum zu thun ist“ — schreibt das polnische Organ — „daß der Grundsatz der Selbständigkeit Ungarns Rechtskraft erlange, so gewähren wohl die Vorschläge Bartals hierfür eine hinreichende Garantie; will aber das Unterhaus Alles erobern, was Ungarn von den Erwerbungen verschiedener Epochen verloren hat, und nur die Ereignisse vom Jahre 1848 ignoriren, so würde es einen Kampf heraufbeschwören, dessen Resultate nicht abzusehen wären. Wer in der Politik sich an die Alternative hält: Aut Caesar aut nihil, kann zwar Alles gewinnen, aber auch Alles verlieren. Uns scheint es, daß die ungarischen Staatsmänner einen so hohen Einsatz nicht werden wagen wollen, sondern daß sie durch die möglichste Verzögerung der Entscheidung so viel als sich gewinnen läßt, zu erlangen trachten werden.“

## Rusland.

**Turin**, 14. Februar. Seit einigen Tagen zirkulirt in hiesigen politischen und nichtpolitischen Kreisen behufs Unterfertigung der Entwurf einer Adresse an General Lamarmora, welche demselben Anerkennung und Dank für seine energische Wahrung der Ehre Italiens gegenüber dem Madrider Cabinet in den bekannten, durch Enthüllungen des „rothen Buches“ neuestens entstandenen diplomatischen Kontroversen ausdrücken soll.

Obwohl das auf seinem Gebiete stets schlagfertige „Diritto“ die Bevölkerung daran erinnert, daß sich unser Ministerpräsident gegen das schwächere und mehr abseits liegende Spanien eben so stolz und kurz angebunden zeige, als er sich Angesichts des starken und dominirenden Frankreichs stets schwach und demüthig erwiesen habe, scheinen die kolportirenden Agenten jener Vertrauenschrift, wenigstens nach Versicherung der hiesigen und der Florentiner Organe, nicht ganz ohne Erfolg zu wirken. Jedenfalls erfreut sich hier in dem Augenblicke unser soldatischer Konseil-Präsident einer gewissen, lang entbehrten Popularität. Wie viel aber eine solche hier zu Lande zu bedeuten habe und wie flüchtig und illusorisch ihre Resultate seien, das lehrt uns die Erfahrung täglich mehr. Unlängst schrieb ich Ihnen, wie nun selbst Garibaldi, das einst vergötterte Idol der Nation, fast ganz in Vergessenheit gerathen, ja sogar zum Gegenstande des Spottes geworden ist. Heute kommt die Reihe wieder an den unfreiwillig abgetretenen Syndikus dieser Stadt, den Marquis Rora; dieser eitle Mann, der jahrelang glaubte, der Liebling des Landes und dessen glänzendste Vertretung zu sein, und der daher auch aus diesem Grunde nicht gleich nach den bekannten verhängnißvollen Septembertagen zurücktrat, sondern es vorzog, mit fast diktatorischen Forderungen einen Gang zum König nach San Rossore zu machen, muß heute selbst erleben, wie er hinterher von seinen eigenen Kreaturen und Leiborganen tagtäglich bekräftigt, verdächtigt, verhöhnt und mit Vorwürfen jeder Art überhäuft wird. Darum ist auch die definitive Wiederbesetzung seines so wichtigen Postens, obwohl dieselbe stets dringender und vom gesammten Publikum mit wachsender Ungeduld verlangt wird, doppelt schwierig geworden; wie ich höre, schwankt im Augenblicke die Wahl wieder zwischen Vegezzi, Salvagno, Rignon und Farcito.

**Paris**, 18. Februar. Beim Empfange der Adressdeputation des Senates sagte der Kaiser: „Die Adresse des Senates ist ein bereiteter Kommentar meiner Thronrede, sie entwickelt das, was ich bloß angedeutet habe, sie erklärt alles das, was ich begreifen machen wollte. Sie verlangen, sagte der Kaiser, wie ich, die Stabilität einer vernünftigen und fortschreitenden Entwicklung unserer Institutionen, die Verbesserung des Loses der Mehrzahl des Volkes, die unantastbare Aufrechterhaltung der nationalen Würde und Ehre; diese Uebereinstimmung ist eine Kraft. Die geistige, wie die physische Welt gehorcht allgemeinen Gesetzen, welche man nicht ohne Gefahr übertreten könnte. Nicht durch tägliche Erschütterung der Grundlagen eines Gebäudes beschleunigt man dessen Krönung; Meine Regierung ist keine stillstehende, sie schreitet vor und will vorschreiten, aber auf einem befestigten Boden, welcher fähig ist, die Gewalt und die Freiheit zu ertragen. Lassen Sie uns den Fortschritt in allen seinen Gestalten zu Hilfe rufen, aber bauen wir emsig an der großen Pyramide, welche das allgemeine Stimmrecht zum Grundsteine und den zivilisatorischen Geist Frankreichs zum Gipfel hat. Die in Ihrer Adresse so trefflich ausgedrückten Gesinnungen haben mich lebhaft gerührt, sie sind würdig des ersten Staatskörpers, des wachsamsten Hüters der Verfassung und der Prinzipien, welche sie begründet.“

(Ueberlandpost) mit Nachrichten aus Bombay bis zum 27. Jänner. Der Aufstand der Khunds wurde unterdrückt, jedoch ist die Ruhe noch nicht vollständig gesichert. Auch an der nordwestlichen Grenze ist die Ordnung hergestellt und die gegen die Insurgenten abgeschickte Expedition kehrte nach Peshawer zurück. Der Maharadschah Scindiah beabsichtigt eine Reise nach England, um der Königin Beschwerden vorzulegen, für die er in Calcutta keine Abhilfe findet. Der Krieg mit Bhutan wird aller Wahrscheinlichkeit nach wieder anfangen. Aus Aden wird gemeldet, die räuberischen Araber seien gehörig gezüchtigt und ihnen ein Theil ihrer Beute wieder abgejagt worden. Der Emir von Kabul hat Azul Khan in Freiheit gesetzt und es waren Anstalten getroffen worden, um den Wünschen des verstorbenen Dost Mohamed gemäß den übrigen Sirdars Appanagen in Kurum, Dschellalabad und Turkistan anzuweisen. Streitigkeiten unter den Sirdars selbst vereitelten aber diesen Plan, so daß alles wieder in Frage gestellt ist. — Aus Alexandrien wird gemeldet, daß die Kommission, welche die Abgrenzung der Länder zwischen der Suezkanalgesellschaft und dem Vizekönig vorzunehmen hatte, nach Kairo zurückgekehrt ist. Sie hat ihre Arbeiten binnen 11 Tagen zu Stande gebracht. Der Vizekönig hat der Gesellschaft das Eigentum des Uadi um 20 Millionen Francs abgekauft. „L'Avvenire d'Egypte“ bestätigt, der Plan einer Reorganisation der Polizei mittels schweizerischer (?) Agenten der öffentlichen Sicherheit sei für den Augenblick aufgegeben. Demselben Blatte kommen aus Suez bittere Beschwerden über die Art und Weise zu, wie die italienischen Arbeiter am Suezkanale von der Suezkanalgesellschaft behandelt worden seien. Fast ohne Subsistenzmittel, seien diese Leute genöthigt worden, ihrer Beschäftigung zu entsagen und die Unterstützung des Generalkonsulats zum Behufe der Heimkehr anzurufen. (150 Kalabresen sind schon früher durch den Dampfer Prinzipe Karignano nach Brindisi zurückgebracht worden.) „L'Avvenire“ sagt, dieses Verfahren bestätige die Gerüchte von jener ungherzigen Aus-



Schließung, welche gewisse Nationalitäten besonders gegen die italienische in Anwendung bringen und welche „Avenire“ so oft schon beklagte. (Was du nicht willst, daß dir geschehe, daß thue auch Andern nicht!) — Die ägyptische Dampfschiffahrtsgesellschaft Ägizie beabsichtigt für die projektierte italienisch-ägyptische Linie nach Brindisi neue große Dampfer in Dienst zu stellen. Auch die „Messageries imperiales“ wollen, wie es heißt, eine Dampfschiffahrtsverbindung mit Brindisi einrichten.

### Tagesneuigkeiten.

Der Kaiser Napoleon hat, wie man eben erfährt, dem Kronprinzen Rudolph das große Band der Ehrenlegion verliehen. Der Herzog von Gramont wartet die Rückkunft des Kaisers aus Pest ab, um Sr. Majestät die betreffenden Insignien zugleich mit einem eigenhändigen Schreiben seines Souveräns an den Kaiser Franz Josef zu überreichen.

Die bisher der Finanzlandesdirektion in Wien unterstehenden Finanzprokuratursabteilungen in Linz und Salzburg werden künftighin als selbständige Behörden unmittelbar dem Finanzministerium untergeordnet.

Die von einem Wiener Blatte gebrachte Nachricht, es sei in Folge einer kaiserlichen Entschliessung die Rekrutierung in Ungarn für das laufende Jahr, und zwar bis zur Erledigung der Frage der Heeresergänzung im ungarischen Landtage, sistirt worden — ist die „G. & C.“ in der Lage, als nicht begründet zu bezeichnen.

Eine neue Erfindung, mit welcher eine wichtige Epoche in der Kriegführung überhaupt beginnen dürfte, hat soeben ein ausschließliches Privilegium erhalten. Diese Erfindung besteht im Wesentlichen darin, daß eine mit schweren Eisenschuppen bedeckte gepanzerte Kriegsmaschine (Panzerwagen genannt) durch die Kräfte des Dampfes auf gewöhnlichen Straßen, Wegen und Ebenen in Bewegung gesetzt wird, um in die Reihen feindlicher Truppen zu dringen, Schlachtlinien zu durchbrechen, dem Feinde im Marsche auf den Straßen zu begegnen, auch die eigenen Märsche oder Evolutionsen zu schützen u. dgl. m. Die Ausrüstung dieses Panzerwagens ist derartig, daß Feuerbrände unwirksam bleiben, Kugeln abprallen, Bajonetangriffe aber unmöglich sind. Der Erfinder ist ein Wiener.

Die Vertretung der Stadt Czaslau (Böhmen) hat Sr. Erzellenz dem Herrn Staatsminister Grafen Belcredi das Ehrenbürgerrecht erteilt.

Ein Pester Korrespondent der „Politik“ meldet, daß die serbischen Deputirten übereingekommen sind, bei der Spezialdebatte der Adresse ein Amendement einzubringen, welches den ganzen Passus über die Nationalitäten umzuändern bestimmt ist. An einer solidarischen Unterstützung von Seite der romanischen Deputirten sei nicht zu zweifeln.

Mit der letzten Post, welche der französische Postdampfer aus Mexiko brachte, sind wieder zahlreiche Aufträge und Bestellungen für österreichische Industrielle und Wiener Kaufleute, und Beträge für gelieferte Waaren hier eingelangt. Ferners sind neuerdings 18.000 Francs in Gold als Ersparnisse der Offiziere des österreichischen Freiwilligenkorps in Mexiko an den kaiserl. mezt. Militärbedienstigten am Wiener Hofe, Herrn Oberst von Leifer, eingetroffen.

Zum Cholera-Kongreß nach Konstantinopel soll auch aus Oesterreich ein Vertreter abgeordnet werden, und zwar Dr. J. C. Pollak, der ehemalige Leibarzt des Schah von Persien. Wie die „Med. W.“ mittheilt, ist ihm bereits vom Staatsministerium die Weisung zugegangen, sich so bald als möglich an den Ort des Kongresses zu verfügen.

Im russischen Theile des nördlichen Amerika sind bei den Vorbereitungen zur großen Telegraphenleitung Goldlager entdeckt worden, die noch reichhaltiger zu sein scheinen, als die kalifornischen.

### Lokales.

In der Kirche Maria-Verkündigung wird an jedem Dienstag eine slovenische und in der Kirche St. Jakob an jedem Mittwoch eine deutsche Predigt durch die ganze Fastenzeit stattfinden. In der Domkirche wird an Sonntagen nicht, wie berichtet wurde, der hochwürdigste Oberhirt, sondern der dortige Kooperator Urh predigen, wie dies schon am vorigen Sonntag der Fall war.

Der Handlungskrankenverein hat mit Schluß 1865 das dreißigste Jahr seines Bestehens zurückgelegt. Der Vermögensstand betrug nach dem Ausweise Ende 1864 die Summe von 19.132 fl. 20 kr., Ende 1865 als reines Vermögen 19.856 fl. 54 kr., daher eine Vermehrung um 724 fl. 34 kr. eintrat. Der Verein zählt gegenwärtig 19 Ehren- und 232 wirkliche Mitglieder. Im vorigen Jahre starben 1 Ehrenmitglied und 7 wirkliche Mitglieder.

Soeben ist das Mitgliederverzeichnis der Laibacher Citavnica erschienen. Der Verein zählt 245 hiesige und 75 auswärtige, im Ganzen 320 Mitglieder. An Zeitungen liegen 34 politische, darunter 16 deutsche und 16 slavische, 1 französisches und 1 italienisches Journal, dann 31 belletristische, darunter 12 deutsche und 18 slavische, im Ganzen 65 Blätter, im Lesesimmer auf.

Unter den Studirenden slovenischer Nation an der Universität zu Wien, hat sich ein Verein „Slovensko literarno društvo“ gebildet, mit dem Zwecke, durch Vortrag und kritische Besprechung die slovenische Literatur zu fördern. — Ebenso hat sich unter allen slavischen Studenten in Wien ein anderer Verein „Pobratimstvo Slavija“

mit dem Zwecke gebildet, die Jünglinge slavischer Abkunft in geselliger Weise zu verbrütern. Mitglied kann Jeder werden, der einer höheren Lehranstalt angehört und noch in keinem privaten oder öffentlichen Dienste fungirt. Der Verein zählt bis jetzt 150 Mitglieder, und dürfte die Zahl sich nach erfolgter behördlicher Genehmigung noch steigern. Auch die Herausgabe einer Zeitschrift, in welcher man alle slavischen Dialekte vertreten will, ist beabsichtigt.

### Aus den Landtagen.

**Prag, 17. Februar.** Der Kommissionsbericht über Kiegers Antrag betreffs Durchführung der Gleichberechtigung der Nationalitäten an der Prager Universität wird vertheilt. Die Majorität des Ausschusses (6 gegen 3, Referent Tomek) beantragt vollständige Annahme des Kiegerschen Antrages. Die Ausschussminorität (4 gegen 5, Referent Hasner) beantragt Ueberweisung des Kiegerschen Antrages an den akademischen Senat der Prager Universität zur Abgabe eines Gutachtens nach Einnahme sämtlicher Fakultäten. An der Tagesordnung das Landesbudget pro 1866. Taschel referirt.

**Agram, 17. Februar.** In der heutigen Sitzung begann die Debatte über die Landtagswahlordnung. Die ersten drei Paragraphen wurden in der vom Komitee beantragten Fassung angenommen. § 4 lit. a der Wahlordnung bestimmt, daß die Virilstimmen im Landtage nur dem Agramer Erzbischof, dem gr. orient. Patriarchen und dem Bischof von Djatovar erteilt werden sollen. Nach längerer Debatte wurde über Antrag des Kardinals Paulik bei namentlicher Abstimmung der Antrag desselber angenommen, wonach Virilstimmen sämtlichen Diözesanbischöfen beider Religionen zugestanden werden.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Original-Telegramm.**

**Wien, 21. Februar.** Die Pester Deputirtentafel hat 14 Mlineas des Adressentwurfes unverändert angenommen.

Die „General-Correspondenz“ dementirt die Allarmgerüchte über Konzentration russischer Truppen an der österreichischen Grenze.

**Pest, 19. Februar (Abends).** Der Adressentwurf der Magnatentafel begrüßt die Thronrede als glänzenden Beweis der die Beglückung des Landes bezweckenden Absichten Sr. Majestät und dankt dafür, daß der Kaiser zur Wiederbelebung des Vertrauens durch persönliches Erscheinen die Initiative ergriffen. Die dankbaren Gefühle erlangen eine neue Stütze in der Ueberzeugung, daß die Annahme der pragmatischen Sanktion als Ausgangspunkt und gesetzliche Basis zur Wiederbelebung gesetlicher Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens führen werde. Nebst dem Danke für die Anerkennung der Territorialintegrität wird die Hoffnung ausgedrückt, daß Sr. Majestät auch die Vertretung der noch nicht berufenen Landestheile bei diesem Landtage bewirken werden. Dem Danke für die Berufung Kroatiens und Siebenbürgens wird die Zusage gerechter beruhigender Vereinbarungen beigefügt. Die 1861er Beschlüsse Kroatiens werden im Geiste versöhnlicher Billigkeit erwogen werden. Die Nichterwählung Dalmatiens wird bedauert. Bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten hofft die Magnatentafel, daß die entgegenstehenden Schwierigkeiten um so zuverlässiger bekämpft werden können, als sie einerseits erkennt, daß das Beisammensein der Länder und Provinzen Sr. Majestät und deren Gestaltung als ein mächtiger Staatskörper nicht ein Spiel des Zufalles, sondern dringendes Erforderniß der einzelnen Theile, der Verwandtschaft der gegenseitigen Interessen und der friedlichen Ansehlichkeit und heilsamen Entwicklung der europäischen Verhältnisse ist. Andererseits hegt die Magnatentafel die Zuversicht, daß auch die übrigen Länder und Provinzen der Monarchie in der gegläubten Befriedigung Ungarns eine wirksame Stütze ihrer eigenen politischen Existenz und konstitutionellen Freiheit nicht verkennen werden. Die Magnatentafel wünscht lebhaft, daß das Reich Sr. Majestät im Sinne der pragmatischen Sanktion aufrecht erhalten und befestigt, daß seine Machtstellung erhalten und vergrößert, daß die konstitutionelle Organisation der übrigen Länder und Provinzen festgestellt werde und sich entwickle. Die Adresse erklärt sich bereit, die gemeinsamen Verhältnisse, so wie die aus denselben entstandenen gemeinsamen Angelegenheiten zu erwägen, so wie seinerzeit im Verein mit der Deputirtentafel Vorschläge zu unterbreiten, welche die Selbstständigkeit Ungarns zu wahren und den Lebensbedingungen der Monarchie zu entsprechen geeignet sind. — Nach Ablehnung des Oktoberdiploms und Februarpatentes folgt der Dank für die formelle Anerkennung der 1848er Gesetze, welche aber von der faktischen Ausführung für die Dauer nicht getrennt bleiben könne. Die Magnatentafel erklärt sich bereit, innerhalb der Grenze ihrer gesetzlichen Stellung an der Revision theilzunehmen, einerseits um die Ungefährlichkeit derselben nachzuweisen, andererseits um nothwendigen Modifikationen beizutreten. Es folgt die Bitte um baldige Restitution des verantwortlichen Ministeriums, welches die Municipien herstelle, und schließlich um Amnestie als Antezedens der heißersehnten Krönung.

**Neapel, 19. Februar.** Bei den Wahlen in Messina ist die Ballotage nothwendig zwischen Mazzini, welcher 311, und Rottara, welcher 461 Stimmen erhielt.

**Paris, 19. Februar.** Heute wurde im gesetzgebenden Körper die Adresse verlesen. Dieselbe billigt den Friedensgedanken und sagt bezüglich Roms: Die Septemberkonvention, loyal ausgeführt, wird eine neue Garantie für die zeitliche Herrschergewalt des Papstes sein, deren Erhaltung für die unabhängige Ausübung der geistlichen Gewalt des Papstes unerlässlich ist. — Bezüglich Mexiko's drückt die Adresse ihre Befriedigung darüber aus, daß die Expedition ihrem Ende zugeht. Diese Expedition beweise neuerdings die Uneigennützigkeit Frankreichs. „Das amerikanische Volk, welches seit langem die Loyalität unserer Politik kennt, kann an der Anwesenheit unserer Truppen in Mexiko keinen Anstoß nehmen. Die Rückberufung derselben andern Konventionen unterordnen wollen, als den unsrigen, hiesse unsere Recht und unsere Ehre angreifen. Diese stehen unter Ihrem Schutze, Ihre, und der gesetzgebende Körper weiß, daß Sie über dieselben mit einer Frankreich und Ihres Namens würdigen Sorgfalt wachen werden.“ Die innern Angelegenheiten sind so wie in der Thronrede geschildert.

**New-York, 7. Februar.** Die hiesige Presse spricht sich mit Befriedigung über die Ankündigung des Kaisers Napoleon aus, daß die Vorbereitungen zur Zurückziehung der französischen Truppen aus Mexiko begonnen, und betrachtet dies als ein Prognostikon des Friedens zwischen Frankreich und Amerika. General Weizel hat am 31. Jänner seinen Abschied erhalten. — Der spanische Konsul ist am 31. Jänner in Begleitung eines Offiziers des Generals Mejia in wichtigen Geschäften von Matamoros nach Mexiko gereist.

### Telegraphische Wechselkurse

vom 20. Februar.

Sperr. Metalliques 61.75. — Sperr. National-Anlehen 64.90. — Bankaktien 744. — Kreditaktien 145.10. — 1860er Staatsanlehen 80.60. — Silber 102. — London 102.80. — R. T. Dutaten 4.90.

### Geschäfts-Zeitung.

**Ex- und Importgesellschaft.** Wie ein Wiener Blatt meldet, soll im Schoße der Verwaltung der ersten österreichischen Ex- und Importgesellschaft ein Zwiespalt herrschen, der demnächst zu Tage treten dürfte. Es ist nämlich, auf eine Reformirung der Direktion abzielend, die Einberufung einer Generalversammlung beantragt, und wenn die Initiative von Seite des Verwaltungsrathes abgelehnt werden sollte, soll die Einberufung von den Aktionären verlangt werden; man fügt sogar hinzu, daß die Unterschriften zu diesem Zwecke bereits gesammelt werden.

**Zur Pariser Weltausstellung.** Bis jetzt sind 2082 Anmeldungen für die Pariser Ausstellungen beim Zentral-Komitee verzeichnet worden. An der Ausstellung können nicht bloß Fabrikanten, sondern auch Kaufleute in der Eigenschaft von Exporteuren theilnehmen. Das Zentral-Komitee hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, daß es dem von der Pariser Kommission gegebenen Beispiele folgen und Agenten, welche sich bereits an die Aussteller herandrängen, weder empfehlen noch unterstützen werde. Der Antrag eines Konfortiums von Geschäftsmännern, welche sich gegen Ertrag einer Kaution von 40.000 fl. erboten haben, einzelnen Ausstellern Vorschläge zu ertheilen, für die Herstellung von Kästen, für die Antäufung von Geschäftsverbindungen bei der Exposition u. s. w. Sorge zu tragen und auch das Dekorationswesen zu besorgen, wurde vom Zentral-Komitee ebenfalls abgelehnt.

**Krainburg, 19. Februar.** Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 65 Wagen mit Getreide, 53 Stück Schweine von 11 bis 15 fl. und 5 Wagen mit frischem Speck.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	3	95	Butter pr. Pfund	—	33
Korn	3	—	Eier pr. Stück	—	14
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Hafers	1	50	Rindfleisch pr. Pfd.	—	13
Halbfrucht	—	—	Kalbsteisch	—	16
Heiden	2	10	Schweinefleisch	—	15
Hirse	2	10	Schäpffenfleisch	—	—
Kultur	2	60	Häbdel pr. Stück	—	—
Erbsen	1	50	Lanben	—	10
Linsen	4	16	Hen pr. Zentner	1	50
Erbsen	—	—	Stroh	1	50
Fisolen	4	16	Holz, hartes, pr. Kst.	5	10
Rindschmalz pr. Pfd.	—	48	— weiches	3	50
Schweinechmalz	—	40	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, frisch	—	27	— weißer	7	—
geräuchert	—	38			

### Theater.

Heute Mittwoch den 21. Februar:  
**Das Pensionat.**  
Komische Oper in 2 Akten von Sappé.  
Diesem geht vor:  
**Eine verfolgte Unschuld.**  
Original-Poste mit Gesang in 1 Aufzuge von Anton Langer.  
Musik vom Kapellmeister C. F. Stenzl.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. rebricht	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Höhe des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
20.	6 U. Mg.	326.43	+ 1.2	DSD. mäßig.	Regen	0.69
20.	2 „ N.	326.87	+ 2.2	D. mäßig	trübe	Regen
10	10 „ Ab.	327.11	+ 1.0	SW. schwach	ganz bew.	

Den ganzen Tag geschlossene Wolkendecke; gegen 10 Uhr Abends etwas gelichtet. Wolkenzug unter Tags aus D., Abends aus SW. Schneefall in den Gebirgen.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleimayr.